

Resolution der JUSO Schweiz betreffend die SVP- Ausschaffungsinitiative

Nicht schon wieder in die SVP-Falle tappen!

„Late in 2002 Lady Thatcher came to Hampshire to speak at a dinner for me. Taking her round at the reception one of the guests asked her what was her greatest achievement. She replied, "Tony Blair and New Labour. We forced our opponents to change their minds."

Conor Burns, Konservativer Politiker

Seit fast 20 Jahren dominiert die Schweizerische Volkspartei (SVP) die politische Landschaft in der Schweiz. Unter gütiger Mithilfe der „Mitte“Parteien CVP und FDP setzt sie schweizweit ein neoliberales Wirtschaftsprogramm zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit durch. Abbau der staatlichen Leistungen, Abbau der Sozialwerke, Abbau der sozialen Errungenschaften, Abbau der Arbeitsgesetze. Dies zu Gunsten der obersten 10'000 und des Big Business. Diese Politik spüren die Menschen in Form zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheiten: Werde ich noch eine AHV kriegen? Wie lange reicht mein Lohn noch? Habe ich einem Jahr überhaupt noch einen Job? Und kriegen meine Kinder noch die Ausbildung, die ich ihnen wünsche?

Diese Ängste holt die SVP geschickt ab und kanalisiert sie für ihre Politik: Schuld sind immer die anderen, die andersartigen. Brüssel, die Muslime, Scheininvaliden, Asylanten, Ausländer. Die Stärke der SVP und ihres nationalistischen Diskurses ist aber vor allem die Schwäche der Linken. Die SP hat zunehmend die Deutungshoheit der SVP akzeptiert. Letztere definiert die politischen Probleme und den Rahmen, in welchem Lösungen möglich sind. Mit unzähligen Kampagnen und Initiativen hat ihre Sicht der Welt in der breiten Öffentlichkeit durchgesetzt. Die SP hat sich nicht oder zu wenig gewehrt. Die Folgen sind politisch wie elektoral verheerend.

Einige Genossinnen und Genossen sind gerade dabei, diesen Fehler ein weiteres Mal zu begehen. Das Nein zur Ausschaffungsinitiative scheint unbestritten. Um aber eine Annahme der Initiative zu verhindern, wolle man den Gegenvorschlag unterstützen. Aber auch dieser verletzt fundamentale, sozialdemokratische Überzeugungen. Auch der Gegenvorschlag verletzt die Gleichheit vor dem Recht. Menschen mit einem anderen Pass sollen andere Voraussetzungen haben.

Mit einem Ja der SP zum Gegenvorschlag hätte die SVP bereits gewonnen. Sie hätte ihre Sicht der Dinge sogar der Linken aufzwingen können. Das wollen wir nicht akzeptieren.

Beides, Initiative und Gegenvorschlag, sind für uns inakzeptabel. Die Initiative soll die Klassenjustiz in diesem Land stützen: Die kleinen Fische sollen bestraft werden, Steuerhinterzieher und Wirtschaftskriminelle bleiben selbstverständlich verschont. Auch der Gegenvorschlag verschont die Steuerkriminellen. Beide Vorlagen verletzen die Rechtsgleichheit.

Die JUSO Schweiz wird sich mit Vehemenz für ein zweifaches Nein einsetzen.